

1854/J XXI.GP  
Eingelangt am: 2.1.2001

### ANFRAGE

der Abgeordneten Edlinger, Nürnberger  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Zukunft der ÖIAG

Die Österreichische Bundesregierung hat im letzten Jahr keine gute Hand für die Unternehmen der ÖIAG bewiesen.

Der Verkauf der UMTS - Lizenzen blieb im Ertrag weit hinter den durch internationalen Vergleich gerechtfertigten Erwartungen zurück. Die weitere Platzierung von Anteilen der Telekom an der Börse geriet aufgrund krasser Fehlentscheidungen schlicht zum Desaster und ließ fast 40.000 österreichische Erst - Kleinanleger nach nur wenigen Wochen mit rund einem Drittel weniger an Wert zurück.

Konkret bedeutet das, dass es im Vergleich zum Erlös aus den Deutschen UMTS - Lizenzen die Regierung durch ihre wirtschaftspolitische Inkompetenz geschafft hat, rund 50 Milliarden Schilling in den Sand zu setzen (in Österreich wurden gerade einmal rund 11 Milliarden erzielt, im etwa zehnmal so großen Deutschland rund 700 Milliarden). Unter einem SPÖ - Finanzminister wurden für 25% der Telekom Austria in der letzten Legislaturperiode rund 24 Milliarden erzielt, die jetzige Regierung schaffte für 25% netto gerade einmal 13 Milliarden (die Inkompetenz der Regierung hat hier den ÖsterreicherInnen 11 Milliarden gekostet).

Das Vertrauen der Anleger und Investoren schwindet, was sich auch deutlich im Kursverlauf der wichtigsten Titel ausdrückt. Die ÖIAG - Anteile haben im vergangenen Jahr mehr als 38 Milliarden Schilling an der Börse an Wert verloren.

In dieser Situation treten nun auch noch Zweifel über die Zukunft des Konzerns insgesamt und auch darüber auf, wer überhaupt die Geschicke dieser für den Wirtschaftsstandort Österreich so wichtigen Unternehmen lenkt.

Denn einerseits beteuert der Aufsichtsrat der ÖIAG den Eigentümern und dem staunenden Publikum via Presse, dass ein Gutachten über weitere Verkaufsmöglichkeiten von Morgan Stanley „angedient“ wurde. Andererseits lautet die Einleitung ebendort: „Die ÖIAG hat Morgan Stanley Dean Witter gebeten, mögliche Optionen einer Veräußerung der folgenden Unternehmensbeteiligungen zu untersuchen: Böhler Uddeholm, VA Stahl, VA Tech, Österreichische Post, Austrian Airlines“. Unsicherheiten darüber, wer die Geschicke eines börsennotierten Unternehmens bestimmt, werden in der Regel von den Kapitalmärkten bestraft. Die Vernichtung von Vermögen ist dann in der Regel die Folge.

Fehlenden Sachverstand belegt auch die Äußerung des Bundesministers für Finanzen in den Medien, wonach man „mit einer Sperrminorität von 25 % plus eine Aktie ein Unternehmen nicht wirklich lenken und beeinflussen kann“ (Die Presse, 23.1.2001, Seite 19). Grasser an anderer Stelle: „Wenn man ein Unternehmen lenken will, sind 50 Prozent plus eine Aktie wichtig, mit 25 Prozent kann ich nichts lenken. Für mich ist ein Kernaktionär nicht entscheidend“ (Kurier, 23.1.2001, Seite 15). Ein Blick ins Übernahmegesetz bzw. in die Übernahmeverordnung oder in entsprechende Kommentare genügt, um festzustellen, dass Beherrschungsverhältnisse in börsennotierten Unternehmen je nach Streubesitz durchaus in diesen Größenordnungen, in manchen Fällen sogar darunter gegeben sein können. Unklar ist offensichtlich auch, inwieweit Anteile von ÖIAG - Unternehmen über die Festlegungen im Regierungsprogramm hinaus mittelfristig verkauft werden sollen. Den Medien ist zu entnehmen, dass der Bundesminister für Finanzen den weiteren Verkauf nicht forcieren will, Minister Bartenstein als maßgeblicher Entscheidungsträger beim Koalitionspartner aber darauf besteht, dass die derzeit bestehenden Verbindlichkeiten der ÖIAG und der PTBG „in der kommenden Legislaturperiode zu tilgen“ sind (Die Presse, 23.1.2001, Seite 19), was wohl nur durch entsprechende Veräußerungserlöse sichergestellt werden kann. Der Bundesminister für Finanzen sieht eine Tilgung durch höhere Dividendenzahlungen erst in der nächsten Legislaturperiode. Kennt sich da noch einer aus?

FP - Prinzhorn wiederum stellt seine Kompetenz dadurch unter Beweis, indem er österreichische Kernaktionäre fordert, diese aber nicht der Staat sein sollen. Mangels echter alternativer Investoren bedeutet das aber den Ausverkauf ans Ausland, was derselbe auch nicht ansteht zuzugeben. Prinzhorn wird in der „Presse“ am 24. Jänner 2001 damit zitiert, dass ihm der internationale Kapitalmarkt noch lieber sei, wenn es private österreichische Kernaktionäre nicht geben sollte.

Offensichtlich ist entgegen aller öffentlichen Beteuerungen auch tatsächlich geplant, sich über das Regierungsprogramm hinaus von weiteren Unternehmen zu trennen. Schließlich ist der

Abgang des bewährten Generaldirektors der ÖIAG, Rudolf Streicher, auf die entsprechende Haltung des Eigentümergebäuerers und seiner Aufsichtsräte zurückzuführen. Dabei ist diese Koalition auch nicht zimperlich was die Wahl der Mittel betrifft, um andersdenkende Manager zu entfernen, wie das Beispiel Streicher gezeigt hat.

Bislang war es unbestritten, dass eine kleine Volkswirtschaft wie die österreichische zum Wohle der heimischen Wirtschaft stabile Kernaktionäre für die wichtigen inländischen Konzerne - von VA Stahl über OMV bis zur Post und Telekom - braucht. Denn nur so können Forschung und Entwicklung und damit langfristig die Arbeitsplätze in Österreich gesichert werden.

Die Abkehr von der Kernaktionärsphilosophie bedeutet daher auch, dass die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Österreich ohne „Global Player“ im österreichischen Eigentum bewältigt werden muß, was die Chancen, diese Zukunft auch erfolgreich zu bewältigen nach allen internationalen Erfahrungen nachhaltig schmälert.

Wir bekennen uns zur Wahrung österreichischer Interessen in der Wirtschaft und insbesondere zur Wahrung österreichischen Eigentums an Wirtschaftsunternehmen, dessen Sinnhaftigkeit durch zahlreiche Experten und internationale Beispiele belegt ist.

Österreichisches Eigentum ist besser als ausländisches Eigentum, weil

- österreichisches Eigentum besser mit den vielschichtigen nationalen Interessen harmonisiert und trotzdem global agieren kann
- österreichisches Eigentum besser die Standortsicherung mitträgt und trotzdem international kooperiert
- österreichisches Eigentum auf kommunaler Ebene eine bessere mentale Bürgernähe ermöglicht und trotzdem europäische Subsidiarität gewährleistet.

Wenn sich die ÖIAG nach dem Willen dieser Koalition als Kernaktionär zurückzieht, stellt sich die Frage, wer diese Unternehmen kontrollieren wird. Übernahmen und die Verlegung von Konzernzentralen sind eine wahrscheinliche Folge, wie viele internationale Beispiele zeigen. Erfahrungsgemäß sind damit aber auch zahlreiche Arbeitsplätze bei angelagerten Dienstleistern gefährdet, wie zum Beispiel im Bereich der Anwälte, Steuerberater, Finanzdienstleister usw., die alle zusätzliche Wertschöpfung bringen.

Österreichisches Eigentum an den Flaggschiffen der österreichischen Industrie und dessen Wert ist durch dilettantisches politisches Handeln, Konzeptlosigkeit und Freunderlwirtschaft von bisher nicht gekanntem Ausmaß gefährdet.

Industriepolitik und Standortpolitik ist jene Politik, die die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes maßgeblich und nachhaltig bestimmen wird. Sie reduziert sich derzeit darauf, die „Friends of Prinzhorn (FOPs)“ in jene Positionen zu bringen, in denen sie maßgeblich darauf Einfluß nehmen können, die Filetstücke der Republik Österreich zu Schleuderpreisen auf den Markt zu bringen und sich mit Stiftungen, Immobiliengesellschaften und Industrieunternehmen nach Sitte so mancher Entwicklungsländer günstig selbst einzudecken. Die Rechnung dafür bezahlt der „kleine Mann“ und Steuerzahler.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher aus Sorge um den Wirtschaftsstandort Österreich und die Werthaltigkeit der ÖIAG - Betriebe an den Bundesminister für Finanzen folgende nachstehende

**Anfrage:**

1. In wessen Auftrag wurde die ÖIAG - „Portfolio Analyse“ von Morgan Stanley Dean Witter erstellt und welche Kosten sind dadurch angefallen und von wem wurden sie beglichen?
2. Wieviele Aufträge sind seitens der Bundesregierung oder der ÖIAG an Morgan Stanley seit Februar 2000 bereits ergangen und was war deren Inhalt bzw. welche weiteren Aufträge sind geplant?
3. Falls sie keine entsprechende Antwort zu den Fragen 1. Und 2. von Ihren Aufsichtsräten erhalten können, sind Sie als Eigentümervetreter noch in der Lage, derartig wesentliche Entwicklungen in der ÖIAG - wie den über das Regierungsprogramm hinausgehenden Verkauf von Anteilen an ÖIAG - Unternehmen - kontrollieren zu können?
4. Haben Sie als Eigentümervetreter von der Beauftragung der Studie durch den Aufsichtsrat schon vor deren Fertigstellung gewußt?
5. Wann und von wem wurden Sie als Eigentümervetreter das erste mal davon in Kenntnis gesetzt, dass eine derartige Studie in Ausarbeitung ist?
6. Wie beurteilen Sie als Eigentümervetreter den unter Fragen 1. Und 2. angesprochenen Sachverhalt aus aktienrechtlicher Sicht? Aufgrund welcher Rechtsgrundlage kann der Aufsichtsrat derartig weitgehend in Vorstandsbereiche eingreifen?
7. Wie bzw. durch welche Maßnahmen stellen Sie sicher, dass der Bundesminister für Finanzen als Eigentümervetreter seine Aufgaben wahrnehmen kann und die wegen ihrer gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf Österreich wesentlichen Entscheidungen im Bereich der ÖIAG auch maßgeblich mitbeeinflußt?
8. Können Sie als Eigentümervetreter aufgrund der allgemeinen Erfahrung mit Kapitalmärkten und den Ihnen vorliegenden Informationen ausschließen, dass Irritationen

und Unsicherheiten über die weitere Vorgangsweise des derzeitigen Kernaktionärs in den von der ÖIAG gehaltenen Unternehmen deren Börsenkurse negativ beeinflussen können? Können Sie ebenso ausschließen, dass dadurch relevante Vermögenswerte von vielen Kleinanlegern vernichtet und allfällige Verkaufserlöse zum Nachteil der Steuerzahler geschmälert werden können? Und wenn nein, warum nicht?

9. Können Sie als Eigentümerversorger aufgrund der allgemeinen Erfahrung mit wirtschaftlichen Prozessen und den Ihnen vorliegenden Informationen ausschließen, dass sich ein Druck bzw. verbindliche Zeitlimits zur Veräußerung von Anteilen an ÖIAG - Unternehmen negativ auf den zu erzielen Kaufpreis auswirken kann? Und wenn nein, warum nicht?
10. Halten Sie es als Eigentümerversorger nach grundlegenden ökonomischen Kriterien und den Ihnen vorliegenden Informationen für klug, für die ÖIAG unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung für den Standort Österreich ein klares Konzept für ihre mittelfristige Zukunft zu haben? Und wenn nein, warum nicht?
11. Wenn ja zu Frage 10.: Wie sieht dieses Konzept in seinen Eckpunkten ganz allgemein für die nächsten fünf Jahre aus?
12. Wie beurteilen Sie als Eigentümerversorger im Falle eines Vorhandenseins eines derartigen Konzepts die Vorgangsweise Ihrer Aufsichtsräte im Zusammenhang mit den unter Frage 1. angesprochenen Studie und der dadurch ausgelösten Diskussion um weitere Anteilsverkäufe? Ist deren Vorgangsweise im Hinblick auf möglichen Einfluß auf Kursbewegungen und Erlöse aus Anteilsverkäufen für Sie als Eigentümerversorger zweckmäßig?
13. Haben sich die konkreten, im Regierungsprogramm niedergeschriebenen Pläne für die Vorgangsweise in der ÖIAG und deren einzelnen Unternehmen geändert?
14. Soll nach den Ihnen vorliegenden Informationen die Republik bzw. die ÖIAG ein Kernaktionär für die Flaggschiffe der österreichischen Industrie, wie zum Beispiel VA Stahl, Böhler Uddeholm u.ä. die nächsten fünf Jahre bzw. auch darüber hinaus bleiben?
15. Wenn nein zu Frage 14: Ist es Ihre politische Zielsetzung als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger, für die Flaggschiffe der österreichischen Industrie auch weiterhin - dann private - österreichische Kernaktionäre zu haben und welche Investoren bzw. Anlegergruppen können das aus heutiger Sicht sein?
16. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von Anteilen an der ÖIAG selbst kommt und können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn ja, in welchen Ausmaß planen Sie Veräußerungen?
17. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von weiteren Anteilen der ÖIAG an der VA Stahl

kommt und können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn nein, sollen durch die ÖIAG als Kernaktionär auch in Zukunft mindestens 25% plus eine Aktie gehalten werden, um den österreichischen Einfluß auch in Zukunft zu sichern?

18. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von weiteren Anteilen der ÖIAG an der VA Tech kommt und können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn nein, sollen durch die ÖIAG als Kernaktionär auch in Zukunft mindestens 25% plus eine Aktie gehalten werden, um den österreichischen Einfluß auch in Zukunft zu sichern?
19. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von weiteren Anteilen der ÖIAG an der Böhler Uddeholm kommt und können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn nein, sollen durch die ÖIAG als Kernaktionär auch in Zukunft mindestens 25% plus eine Aktie gehalten werden, um den österreichischen Einfluß auch in Zukunft zu sichern?
20. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von weiteren Anteilen der ÖIAG an der Österreichischen Post kommt und können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn nein, sollen durch die ÖIAG als Kernaktionär auch in Zukunft mindestens 25% plus eine Aktie gehalten werden, um den österreichischen Einfluß auch in Zukunft zu sichern?
21. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von weiteren Anteilen der ÖIAG an der AUA kommt und können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn nein, sollen durch die ÖIAG als Kernaktionär auch in Zukunft mindestens 25% plus eine Aktie gehalten werden, um den österreichischen Einfluß auch in Zukunft zu sichern?
22. Was sind die weiteren Pläne für die Postbus AG und welche Rolle spielt dabei die Gewährleistung öffentlicher Verkehrsanbindungen in geografisch und hinsichtlich der Bevölkerungsdichte schwierigen Lagen?
23. Welche Aufsichtsräte wurden seit Februar 2000 in ÖIAG, ÖBAG, Post AG, Telekom Austria, Austria Tabak AG, Austrian Airlines AG, OMV AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG sowie deren (allfälligen) Töchtern durch welche neuen Aufsichtsräte ersetzt und was waren - abgesehen von Altersgründen - für Sie als Eigentümerversorger die maßgeblichen sachlichen Gründe dafür?

24. Nach welchen Kriterien wurden die neuen Aufsichtsräte in den unter 23. angeführten Unternehmen ausgewählt, wurden diese Funktionen öffentlich ausgeschrieben und welche Personalberaterfirmen wurden zu welchen Kosten eingeschaltet?
25. Welche Vorstände bzw. Geschäftsführer wurden seit Februar 2000 in ÖIAG, ÖBAG, Post AG, Telekom Austria, Austria Tabak AG, Austrian Airlines AG, OMV AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG sowie deren (allfälligen) Töchtern durch welche neuen Vorstände bzw. Geschäftsführer ersetzt und was waren - abgesehen von Altersgründen - nach Ihrer Erkenntnis als Eigentümerversorger die maßgeblichen sachlichen Gründe dafür?
26. Nach welchen Kriterien wurden die neuen Vorstände bzw. Geschäftsführer in den unter 25. angeführten Unternehmen nach Ihrer Erkenntnis als Eigentümerversorger ausgewählt, wurden diese Funktionen nach Ihrer Erkenntnis als Eigentümerversorger öffentlich ausgeschrieben und welche Personalberaterfirmen wurden zu welchen Kosten eingeschaltet?
27. Nach welchen der unter 24. und 26. näher ausgeführten Kriterien und Verfahren werden die Vorstände und die Aufsichtsräte der Postbus AG bestellt werden?